

Pressemitteilung

Handlungsbedarf bei Schwangerenversorgung in Thüringen

Erfurt, 5. November 2021 - In Thüringen muss die Versorgung rund um die Geburt besser und zukunftssicherer werden. Dies fordern der Hebammenlandesverband, der Landesfrauenrat sowie die BARMER Thüringen in einem gemeinsamen Aufruf. „Werdende Eltern und junge Familien müssen sich darauf verlassen können, dass die geburtshilfliche Versorgung im Freistaat flächendeckend gesichert ist“, sagt Birgit Dziuk, Landesgeschäftsführerin der BARMER Thüringen. Es sei dringend an der Zeit für tragfähige Konzepte, denn die Situation spitze sich immer weiter zu. Die Schließungen der Geburtsstationen in Schleiz im Jahr 2020 und Hildburghausen in diesem Jahr seien die wohl deutlichsten Anzeichen, dass Handlungsbedarf besteht. Die Strukturen seien momentan nicht an den Bedarfen der Familien ausgerichtet und müssten besser aufeinander abgestimmt werden.

Geburtskliniken unter Druck

„Die Schwangerenversorgung in Thüringen befindet sich im Umbruch. Kleinere Geburtskliniken geraten zunehmend unter Druck, es mangelt an Personal und im schlimmsten Falle leidet die Qualität der Versorgung“, so Birgit Dziuk weiter. Angesichts dieser Tatsachen sei es wichtig, Versorgungsketten und Netzwerke zu entwickeln, in denen alle Leistungserbringenden zusammenarbeiten. Nur durch ein effektives Zusammenwirken von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Kliniken, Hebammen und Rettungswesen sei es möglich, Versorgungslücken zu verhindern und die bestehenden Defizite zu kompensieren.

Ungenutztes Potenzial

„Bei der Zusammenarbeit von Ärztinnen und Ärzten mit Hebammen gibt es noch viel Potenzial. Das muss genutzt werden, um werdende Eltern auch künftig bestmöglich und wohnortnah begleiten zu können“, betont Annika Wanierke, Vorsitzende des Hebammenlandesverbandes Thüringen. Die gemeinsame Schwangerenvorsorge durch Hebammen und Ärztinnen solle durch neue Versorgungskonzepte gestärkt werden. Ein Fachtag zum Thema „Gemeinsame Vorsorge“ im kommenden Jahr soll die Wege dafür ebnen.

Geburten nahe des Wohnortes der Eltern

Notwendig ist aus Sicht von BARMER, Hebammenverband und Landesfrauenrat auch eine bessere Verknüpfung ambulanter und stationärer Leistungen. Geburten ohne Komplikationen seien dann stets nahe des Wohnorts der Eltern möglich.

Risiko-Geburten hingegen müssten in den dafür ausgestatteten größeren Kliniken stattfinden, um größtmögliche Sicherheit und Behandlungsqualität sicherzustellen. Wichtig sei, dass die Versorgungskette für die Eltern vor der Geburt transparent ist und auch praktisch funktioniert.

Schluss mit der „Risikofahndung“

Friederike Theile, Geschäftsführerin des Landesfrauenrats, warnt zudem vor einer leider bereits etablierten „Risikofahndung“ beim Thema Geburt. „Das Bild der natürlichen Geburt muss verbessert und die Angst vor ihr genommen werden. Hierfür müssen Versorgung und Begleitung werdender Eltern viel stärker auf deren Bedarfe und Bedürfnisse eingehen“, so Friederike Theile.

Landesregierung muss Gesprächsformate wiederbeleben

Gemeinsam setzen sich Landesfrauenrat, Hebammenlandesverband und die BARMER für die Umsetzung des Nationalen Gesundheitsziels „Gesundheit rund um die Geburt“ ein. Damit diese Umsetzung gelingen kann, fordern sie das Einrichten eines neuen Gesprächsformats oder das Wiederbeleben des Runden Tisches für Geburt und Familie unter Federführung des Landes.

Mehr zum Thema:

Nationales Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“:

https://gesundheitsziele.de/nationale_gz/geburt